

Sitzungsvorlage

Nr. 0252/2020

Vorstellung Kommunalen Integrationsbericht

Beratungsfolge	Datum	Status	Beratungszweck
Ausschuss für Verwaltung, Finanzen und Soziales	07.10.2020	öffentlich	Vorberatung
Gemeinderat	24.11.2020	öffentlich	Beschlussfassung

Anlagen:
Integrationsbericht_2015_2019_GR

Beschlussantrag

Der Gemeinderat nimmt den Integrationsbericht zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der weiteren schrittweisen Ausarbeitung der Handlungsempfehlungen.

I. Sachverhalt und Begründung

Ausgangssituation und Herausforderungen:

Zum 31.12.2019 lebten in Bruchsal 45.169 Menschen.

Von diesen Menschen waren 7.992 AusländerInnen, das entspricht einem Anteil von 17,7 % an der Gesamtbevölkerung. 7.997 Menschen (ebenfalls 17,7 %) waren Deutsche mit Migrationshintergrund. Zusammengenommen hatten Ende 2019 also 35,4 % der Bruchsaler BürgerInnen einen Migrationshintergrund. Die entsprechenden Anteile in den Stadtteilen wiesen dabei deutliche Unterschiede auf.

Demnach ist die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den letzten fünf Jahren kontinuierlich angestiegen. Dies wird sich vermutlich fortsetzen. Die Verwaltung hat sich zur Aufgabe gemacht, die Entwicklung in unterschiedlichen Bereichen in Form eines Integrationsberichts aufzuzeigen. Insbesondere wurden folgende Bereiche in den Blick genommen:

- Bevölkerungsstruktur
- Arbeitsmarktsituation
- Kindertageseinrichtungen
- Schulen
- Situation der Asylantagsteller
- Kriminalität und Häusliche Gewalt

Handlungsansätze und künftige Integrationsarbeit

Im Anschluss an eine Darstellung der bestehenden Herausforderungen im Zusammenhang mit Bruchsaler EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund zeigt der Integrationsbericht die einzelnen Handlungsfelder auf, die mit Maßnahmen der Bruchsaler Integrationspolitik angesprochen werden sollen.

Durch ein abgestimmtes Konzept zwischen haupt- und ehrenamtlichen Akteuren der Integrationsarbeit soll eine zielgerichtete Förderung der gesellschaftlichen Integration von MigrantInnen in Bruchsal erreicht werden.

Es war ein Schwerpunkt des Berichts, Handlungsansätze und Handlungsempfehlungen zu entwickeln, die sich in den nächsten Jahren in der kommunalen Integrationsarbeit niederschlagen werden.

Zu jedem der Handlungsfelder

- Sprache
- Schule und Bildung
- Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt
- Integration und Wohnen
- Gesundheit
- Soziale und kulturelle Integration
- Interkulturelle Öffnung der Verwaltung

werden Handlungsempfehlungen abgegeben. Diese sollen vor allem eine **nachhaltige Verbesserung der Teilhabechancen und Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in die Bruchsaler Gesellschaft** erreichen.

II. Nachhaltigkeit und finanzielle Auswirkungen

Das Erlernen der deutschen Sprache und unserer demokratischen Grundwerte sind unabdingbar für eine erfolgreiche Integration.

Frühzeitige Sprachförderung bereits in den Kindertageseinrichtungen als stabile Basis erleichtert den Einstieg in die sog. Bildungskette. Nur mit ausreichenden Deutschkenntnissen können junge MigrantInnen erfolgreich Schulbildung erwerben und gute Schulabschlüsse erreichen. Diese sind wiederum Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Sichere und qualifizierte Arbeit ist gleichzeitig Motivation und der beste Garant für eine erfolgreiche Integration in die Gesellschaft.

Ein Blick in die Zukunft zeigt, dass alle MigrantInnen mit guten Schul- und Berufsabschlüssen für unseren Arbeitsmarkt, unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft benötigt werden. Mittel zur Förderung der Sprachförderung sind daher als gut investiertes Geld anzusehen. Soziale und fachliche Potentiale werden durch den Abbau von Kommunikationsschranken besser erkannt und bringen Bruchsal wertvolle Ressourcen.

Welche Kosten entstehen der Kommune durch eine Umsetzung?

Der Integrationsbericht führt zu keinen finanziellen Auswirkungen. Die darin enthaltenen Handlungsempfehlungen sollen künftig weiter ausgearbeitet und nach Vorgabe des Gemeinderats im Einzelfall umgesetzt werden. Hierfür sind teilweise Gelder im Haushalt 2020 und in den kommenden Haushalten veranschlagt, bzw. zu veranschlagen.

Es ist folgende Produktgruppe betroffen: 1114.08.

Cornelia Petzold-Schick
Oberbürgermeisterin